

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Freitag den 6. August 1880.

74. Jahrgang

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingeleiteter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verantwortlich.
Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Anzeigen für Zol. Anzeigen: Otto Strum, Unterföhrstraße 22, Louisstraße, Katharinenstr. 18, p. nur bis 1/2 Uhr.

Aufgabe 16.150.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Mk., halbjährlich 8 Mk., jährlich 16 Mk. durch die Post bezogen 8 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegpreis für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 Pf. mit Postbefreiung 45 Pf. Inkras 3 Ggsp. Postzettel 20 Pf. Größere Schriften laut Anzeigen Preisverzeichnis. — Tabakblätter nach bestem Tarif.
Klamer unter dem Nachdruck die Spalte 40 Pf. Inserate nach Art d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postwechsel.

N^o 244.

Bekanntmachung.

Freitag, den 6. August a. c. Vormittags 9 Uhr sollen an der Vestingbrücke einige Reishäuser, Scheitholz und ein starker Lindenstamm an den Meistbietenden gegen sofortige Zahlung und Abfuhr öffentlich versteigert werden.
Leipzig, den 31. Juli 1880.
Des Rathes der Stadt Straßbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß die verpflichteten Fleischbeschauer Carl Friedrich Reibling, Friedrich Wilhelm Theodor Böger und Friedrich Ernst Steinborn auf die gewerbmäßige Ausübung der mikroskopischen Fleischschau in unserer Stadt unter Rückgabe des Gewerbeamtbescheines verzichtet haben und deshalb zur Betreibung dieses Gewerbes hier nicht mehr berechtigt sind.
Leipzig, den 2. August 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Kreisamr.

Klempnerarbeiten.

Die zum Neubau der Irrenklinik der Universität am Windmühlenwege erforderlichen Klempnerarbeiten sollen im Submissionswege, jedoch unter Vorbehalt der Auswahl unter den Submittenten, vergeben werden.
Anschlagsformulare sind im Universitäts-Büro (Vorder-Pausium, Nordflügel I. Etage) zu haben und, mit den Preisen ausgefüllt, unter der Aufschrift:
„Klempnerarbeiten für die Irrenklinik“
16. August d. J., Nachmittags 6 Uhr
abgegeben.
Leipzig, am 4. August 1880.
Universitäts-Büroamt.
Graf.

Coburg und Heidelberg.

Es darf mit Recht bezweifelt werden, daß die heraufgehenden Finanzpolitiker der deutschen Staaten in Coburg zu einem festen und alle Theile bindenden Programm der Steuerreform gelangt sind. Da indessen regierungsfestig über die Einzelheiten der Verhandlungen noch immer tiefes Schweigen beobachtet wird, so dürfte es an der Zeit sein, an die Mittheilung zu erinnern, welche vor zwei Jahren die Berliner „Provinzial-Correspondenz“ über die Heidelberger Conferenzen gab. Das halbamtliche Organ schrieb damals unter dem 14. August: „Beifugt vertraulicher Verständigung über die Angelegenheit der deutschen Steuerreform hatte der Reichskanzler die Finanzminister der Bundesstaaten zu einer Besprechung eingeladen. Demgemäß fanden sich die Vertreter sämtlicher deutscher Staaten (mit Ausnahme von Baden und Neuchâtel) am 5. d. Mts. in Heidelberg zusammen. Die Conferenzen, welche von dem Präsidenten des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann, eröffnet und geleitet wurde, hielt vier Sitzungen ab und wurde am 8., nachdem die volle Einigung über ein Steuerreformprogramm erzielt war, geschlossen. Der Natur der Sache nach fanden keine Detailberatungen über bestimmte Entwürfe von Steuergeetzen statt, sondern es wurden nur die Gesichtspunkte festgestellt, welche für die weiteren Schritte auf der Bahn der Steuerreform maßgebend sein sollen. Hierbei ist grundsätzlich daran festgehalten worden, daß beifugt Verminderung der directen Steuern eine umfassende Entlastung des Systems der indirecten Steuern durch das Reich statthaben müsse.“ Nachdem dann die „Provinzial-Correspondenz“ bemerkt, daß mit Rücksicht auf die niedergelegte Tabak-Engpass-Commission die Conferenzen sich mit dem Tabakmonopol nicht hätte beschäftigen können, schloß sie ihre Mittheilung: „Mit Rücksicht auf den vertraulichen Charakter der Heidelberger Conferenzen wird eine Veröffentlichung über die Ergebnisse für jetzt nicht zu erwarten sein. Zunächst werden auf Grund des im Allgemeinen vereinbarten Programms einzelne bestimmte Gesetzentwürfe ausgearbeitet werden.“

Man würde schon dankbar sein, wenn das halbamtliche Organ diesmal nur so viel über das Ergebnis der Coburger Zusammenkunft zu verlautbaren hätte. Soviel geht daraus hervor, daß Niemand daran dachte, die Heidelberger Versammlung zur Vollconferenz zu stampeln, daß der Reichskanzler sämtliche Bundesstaaten dazu eingeladen hätte und daß nicht über einzelne Projecte, sondern über ein allgemeines Programm verhandelt wurde, auf Grund dessen man erst später die Projecte ausarbeitete. Vermuthlich wird damals, wie jetzt von Coburg berichtet wird, „eine von preussischer Seite ausgearbeitete und den Regierungen schon vorher mitgetheilte Denkschrift“ vorgelegt haben. Damals hatte es Finanzminister Dobrecht übernommen, den „idealen“ Reformplänen des Fürsten Bismarck eine praktische Gestalt zu geben. Heute fällt diese Aufgabe naturgemäß Herrn Ritter zu, da es sich darum handelt, für die in seinem Ressort bearbeiteten Steuerreformprojecte die Deckung zu finden.
Eine preussische freiconservative Stimme will von diesen Projecten wissen, daß es sich um die Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuern an die Commune, um die volle Befreiung

der beiden untersten Classensteuerklassen, sowie der übrigen Classen und der Einkommensteuerpflichtigen bis zu 6000 Mark um etwa die Hälfte der bisherigen Steuer handelt, und meint, daß für würden sich die Mittel „ohne zu viel Schwierigkeiten“ finden lassen. Wenn man indes zahlenmäßig in Betracht zieht, daß in Preußen die halbe Grund- und Gebäudesteuer 23 1/2 Millionen beträgt und die beabsichtigte Classen- und Einkommensteuerbefreiung durchweg bis zur Hälfte 36 Millionen Mark, daß die aus der vorjährigen Steuererhöhung dem preussischen Staat für das Jahr 1880/81 zu Gute kommenden ca. 30 Millionen kaum zur Deckung des bisherigen Deficits hinreichen, daß die erwartete Steigerung dieser Einnahmequelle reichlich durch die Mehrauforderung des Militäretats abgedeckt wird, so bedeutet das, was „ohne zu viel Schwierigkeiten“ beizubringen sein soll, auf das Reich berechnet eine abermalige Steuererhöhung um mindestens 100 Millionen, die Erhebungskosten eingerechnet! Herr Ritter dürfte denn auch trotz seines sanguinischen Temperaments über die „Schwierigkeiten“ etwas weniger lustig denken gelernt haben. Jedenfalls ist es in hohem Grade bedauerlich, daß das Land über die Coburger Verhandlungen nicht zuverlässig unterrichtet und dadurch ein neues Moment der Unsicherheit unserer politischen Lage hinzugefügt wird.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 5. August.
Der gestrige Tag, der vierte August, war nicht nur als zehnjähriger Gedächtnisstag des ersten Sieges im deutsch-französischen Kriege von Interesse, sondern derselbe hat eine ganz unmittelbare und sehr nahe liegende Bedeutung dadurch beansprucht, daß an ihm das vielumstrittene, mit so vielen Hoffnungen auf der einen, so vielen Befürchtungen auf der andern Seite erwartete preussische „Friedensgesetz“ vom 14. Juli in Kraft trat. Man kann, wenn man will, eine symbolische Bedeutung hierin und ferner darin suchen, daß dieses kirchenpolitische Gesetz, mit welchem so neue und ungewisse Bahnen eingeschlagen worden, am Vorabend des zehnjährigen Erinnerungstages der französischen Kriegserklärung functionirt und genau ein Decennium nach der Verkündung des Unschelbartheitsdogma (am 20. Juli) publicirt worden ist. Es liegt ein gewisser Kreislauf historischen Wandens und Bergehens in diesen Daten, von welchen das eine den Beginn des Kampfes gegen den weltlichen und kirchlichen Romanismus, das andere, das jüngere, den Waffenstillstand bedeuten. Fürs erste wird man nun wohl wenig genug von der Wirksamkeit des neuen Gesetzes hören. Die Freigebung des Lebens der Messe und Spendens der Sacramente kann sich durchaus im Stillen durch einfaches Gewöhrenlassen der Behörden vollziehen. Rein Amtsblatt und nicht einmal eine Ministerialverfügung wird von diesen staatlichen Acten der Milde Kunde geben. Anders steht es mit demjenigen Artikel, der diesem zunächst praktisch werden dürfte, nämlich der Zulassung von Ordensgesellschaften, die sich mit der Krankenpflege u. s. w. beschäftigen. Hier wird es sehr bald an der Mittheilung bestimmter und genau festzustellender Facten nicht fehlen, hier wird sich aber auch zunächst die Probe darauf machen lassen, ob die Curie zu einem Entgegenkommen gewillt ist. Denn sie braucht nicht durch das „caudimische Joch“ der Anzeigepflicht zu gehen, sondern es sind nur un-

Bekanntmachung.

Nach den Messungen des Herrn Geheimen Hofrath Professor Dr. Kolbe betrug die Leuchtstärke des hiesigen Leuchtgases im Monat Juli das 16fache von der der Normalmischgase und erreichte 0,498 Specifisches Gewicht.
Leipzig, am 4. August 1880.
Des Rathes Deputation zur Gasanstalt.

Bekanntmachung.

Der Rechnungsbericht der Armenanstalt auf das Jahr 1879 ist im Druck erschienen und können Exemplare (davon, soweit der Vorrath reicht, auf unserm Hauptbureau, Centralhalle, Wischenhof, entnommen werden.
Leipzig, den 4. August 1880.
Des Armen-Directorium.
Ludwig Wolf. Dentschel.

Bekanntmachung.

Bei hiesiger Armenanstalt haben Armenpflegerämter übernommen die Herren
Ernst Eduard Behrendt, Kaufmann, Blauenische Str. 5, für die Katharinenstraße und das Salzschloß, als 6. Pflanze des III. Districtes,
Carl Theodor Kirken Jun., Kürschnermeister, Reichstr. 6—7, für die Reichstr. 1 bis mit 30, als 6. Pflanze des III. Districtes,
Friedrich Emil Krietsch, Kaufmann, Katharinenstr. 21, für die Reichstr. 31 bis mit 55 und das Böttchergäßchen, als 7. Pflanze des III. Districtes,
Louis Heinrich Johann Robert Gempe, Productenbändler, Windmühlenstr. 18, für die Ulrichsstraße 46, 68—70, 73, 74, als 3. Pflanze des XII. Districtes,
Heinrich Emil Halle, Oekonom, Bayersche Str. 194, für die Eisenstr. 11 bis mit 22, als 3. Pflanze des XII. Districtes,
Carl August Dietrich, Privatmann, Windmühlenstr. 25d, für die Eisenstr. 23 bis mit 33, als 4. Pflanze des XII. Districtes.
Leipzig, den 3. August 1880.
Des Armen-Directorium.
Ludwig Wolf. Dentschel.

wesentliche Formalien, die zur Ermöglichung der Rückkehr der Krankenpflegerorden von ihr verlangt werden, Formalien, die aber doch eine Anerkennung des Staatsaufsichtsrechts bedeuten. Man darf gespannt darauf sein, welches Verhalten Rom in dieser Beziehung beobachten wird.
Es ist jetzt auch officiell constatirt worden, daß die Nachricht von einer Verhinderung des Reichstags auf Erfindung beruht. Und zwar verdanken wir dieses Dementi dem bairischen Finanzminister, der es auf eine diesbezügliche Anfrage des Freiherrn von Stauffenberg in der Münchener Kammer ansprach. Wie wir hören, ist auch die Meldung, der preussische Landtag solle in diesem Jahre besonders frühzeitig einberufen werden, mit Vorsicht aufzunehmen. Sein Arbeitspensum wird allerdings an Umfang und Bedeutung nicht hinter demjenigen der abgelassenen Session zurückstehen. Scheiden auch die großen Eisenbahnverstaatlichungsvorlagen aus, so werden dafür die zu erwartenden Verwaltungsreformgesetze einen nicht weniger erheblichen Zeitraum zur Verathung beanspruchen. Da indessen diese gesetzgeberischen Aufgaben trotz ihrer inneren Wichtigkeit nicht von momentan eiliger Natur sind, so ist die Einberufung des preussischen Landtags wohl kaum vor dem Ende des October zu erwarten.

Die Vertretung der französischen Republik am Berliner Hofe dürfte demnächst anderweitig geregelt werden. Der manchmal wohlunterrichtete „Not d'Ordre“ beharrt in Uebereinstimmung mit anderen französischen Blättern bei der Meldung, daß der französische Botschafter in Berlin, Graf de Saint-Ballier, nicht auf seinen Posten zurückkehren würde. Das Blatt fügt hinzu, daß der Botschafter bereits beim Conferenzpräsidenten seine Demission eingereicht habe. Die soeben erfolgte nahezu einstimmige Wiederwahl des Grafen de Saint-Ballier zum Generalrath ist jedenfalls geeignet, ihn in seiner politischen Stellung zu fähren.
Wie wir aus Kassel meldeten, hat am vorigen Freitag der dortige Rechtsanwält Kaymann dem preussischen Finanzministerium den Beitritt des Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen-Philippsthal-Barchfeld zu dem mit den übrigen Agnaten abgeschlossenen Vergleich erklärt. Dieser Schritt ist preussischerseits acceptirt worden, und so hat der wiederholte Agnatenproceß sein Ende erreicht, ohne daß das Reichsgericht entschieden hätte. Bekanntlich hatte das Kasseler Oberlandesgericht in zweiter Instanz das erste Urtheil des früheren Kreisgerichts in allen für den Prinzen günstigen Punkten cassirt, in den für den Prinzen ungünstigen Punkten bestätigt.

Die Staatsmänner am Bosphorus werden das Ultimatum der Mächte, wie es zu erwarten steht, ablehnend beantworten. Als notwendige Folge dieser Rektion ergibt sich die abentheuerliche Flottendemonstration. Aus Paris wird geschrieben, daß Frankreich sich mit Bezug auf dieselbe weder zu Oesterreich noch zu Deutschland im Gegenjage befindet und daß das Schlagwort aller Parteien des Landes heute sich in dem Satz zusammenfassen lasse: „Keine bewaffnete Intervention, die zu einem Kampfe führen könnte.“ Dagegen äußert sich der Londoner Berichterstatter der „Vol. Corr.“ über die Absichten der englischen Regierung in der folgenden bezeichnenden Weise: „Was die auf dem Continente vorherrschende

Meinung betrifft, daß die Ereignisse in Afghanistan die Politik des Ministeriums gegenüber der Türkei zu einer minder energischen gestalten werden, so kann dieselbe als eine vollständig irrige bezeichnet werden. Gladstone ist vollkommen entschlossen, die Sache mit oder ohne Allirte auf Kaufserie zu treiben. Wenn die Pforte hartnäckig dabei beharrt, Griechenland die ihm von der Berliner Conferenz zugesprochenen Gebiete vorzuenthalten, so wird man hier nicht davor zurückschrecken, die türkischen Häfen nöthigenfalls allein durch die englische Flotte blockiren zu lassen. (?) Man hat keinerlei Absicht, Soldaten nach der Türkei zu schicken; eine solche Maßnahme wäre in England sehr unpopulär. Man glaubt, daß, wenn die englische Flotte nur den Transport von türkischen Truppen und von Kriegsmunition verhindert, dies auch schon ausreichen dürfte, um die Pforte zum Einlenken zu bestimmen.“

Daß die anarchischen Zustände in der Türkei dringend einer Regelung bedürfen, liegt auf der Hand, und jeder Tag legt diese Nothwendigkeit näher dar. Ueber die Lage entscheiden wir dem Bulletin des „Balkin“ folgende Kräfte:
„Nachrichten aus Janina melden, daß die Gährung und die Aufregung der Gemüther ihren Culminationspunkt erreicht habe. Man hört nicht allein nicht mehr von der Annexion des Siprus an Griechenland reden, sondern Dersime, welcher es mag, den Namen „Griechenland“ auszusprechen, wird der öffentlichen Sache beigegeben. Groß und Klein verflucht Europa, Europa vernehme diesen Stand der Dinge und bestehe (?). Die Hellenen schicken ohne Unterlass Räuberbanden ab und suchen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die öffentliche Ruhe zu stören. Während die Grenze auf diese Weise beunruhigt wird, betrugt die hellenische Regierung Europa, indem sie erklärt, daß sie abwarten und sich zu gebulden wisse.“

Man behauptet, daß die Türkei 24,000 Mann Infanterie, 1440 Mann Cavallerie und 216 Granaten schlagfertig an der griechischen Grenze liegen hat. Ein Bukarester Telegramm meldet, daß Rumänien bezüglich eines Contracts über 2,000,000 scharfe Patronen, d. h. 200 für jeden der 100,000 Mann verhandelt, die es im Kriegsfalle vorerst ins Feld stellen kann.

Die Stimmung jenseit des Canales ist eine sehr gedrückte. Die neueste „Times“ bespricht die Krankheit Gladstone's und nimmt dabei eine Anschauung zur Grundlage, daß sein Zustand keine Besorgnis erzeuge, aber große Sorgfalt und vollständige Ruhe notwendig mache. Dies vorausgesetzt, meint sie, daß seine Krankheit ein wichtiger Factor in der Tagespolitik sei. Der jetzige Premierminister sei vermöge seiner Energie, ja Festigkeit mehr als einer seiner Vorgänger das treibende Rad in der Verwaltung. In seiner Abwesenheit werde die Kraft der Regierung sehr erlahmen und selbst in einer kurzen Zurückgezogenheit werde seine Aufsicht über die einzelnen Geschäftszweige schwerlich vermigt werden. Es wäre zweifelhaft, ob Gladstone selber im Stande sein würde, alle die Maßregeln durchzuführen, die im Plane der Regierung liegen; ohne ihn werde es völlig unmöglich sein. Dazu hat das Oberhaus der Regierung soeben eine schwere Niederlage bereitet, indem es die irische Pächterentschädigungsbill mit erdrückender Majorität verworfen hat, trotzdem seitens des Ministeriums die Erklärung vorlag, daß dasselbe die Verantwortung für die Folgen eines negativen Botums von sich ablehnen und sie dem